

JA zum Schutz vor Passivrauchen



Die Gegner der Initiative «Schutz vor Passivrauchen», die am 23. September 2012 zur Abstimmung kommt, sorgen sich um uns: Sie befürchten ein extremistisches radikales Verbot und die Einschränkung unserer Freiheit.

Das hat Tradition: die Tabakindustrie versucht seit jeher, die Zigarette mit einem Lebensgefühl von Freiheit und Coolness zu verbinden und setzt alles daran, die Gefahren des Rauchens herunterzuspielen. «Schau mir in die Augen, Kleines» – erinnern Sie sich? – sagt Rick im unvergesslichen Film «Casablanca» zu seiner grossen Liebe Ilsa, natürlich mit einer Zigarette im Mundwinkel. Keiner konnte so schön rauchen wie Humphrey Bogart: Es war klar, dass Zigaretten zu einem spannenden Leben nun mal einfach dazugehörten – zu meinem damals jedenfalls auch. Heute wissen wir, dass die Schauspieler Hollywoods für jeden Griff zur Zigarette gut bezahlt wurden. Gegen 200 Stars haben Tabakkonzerne wie American Tobacco, Reynolds, Liggett & Myers und andere als Werbeträger für ihre Produkte eingesetzt – heimlich versteht sich! Humphrey Bogart, Lauren Bacall, Gary Cooper, Clark Gable, James Dean: die Leinwandhelden meiner Jugendzeit – sie alle im Solde der Tabakindustrie? Das ist leider zweifelsfrei belegt.

Ein JA am 23. September meint die konsequente Umsetzung des Passivrauchschutzgedankens – nichts weniger und nichts mehr.

Doch zurück zur Abstimmung vom 23. September: Geht es wirklich um Freiheit und Extremismus? Was steht überhaupt zur Debatte? Die Initianten stellen auf Seite 1208 ihre Anliegen vor: Die heutige Regelung ist ihnen zu inkonsequent, sie stören sich an der lückenhaften Gesetzgebung.

Man kann sich natürlich fragen, ob eine weitere nationale Abstimmung so kurz nach der Einführung des aktuellen Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen sinnvoll sei. Seit 2010 können wir in einem Restaurant essen, ohne von den Gästen am Nebentisch eingenebelt zu werden. Was in

den irischen Pubs – früher sehr rauchgeschwängerten Räumen – möglich wurde, was in Italien in jeder Bar zur Normalität geworden ist, ist damit endlich auch bei uns Realität.

Man kann den Initianten allenfalls eine unkluge Eile vorwerfen – 15 Kantone haben ja bereits strengere Vorschriften erlassen, die heutige Regelung erlaubt dies ausdrücklich. Jede Volksabstimmung in den Kantonen ist bisher zugunsten eines verstärkten Passivrauchschutzes verlaufen, es wäre auch denkbar gewesen, in den verbleibenden Kantonen Schritt für Schritt aktiv zu werden. Man könnte den Initianten auch einen mangelnden Blick aufs Ganze vorwerfen, angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen um das Präventionsgesetz. Von den Gegnern jeglicher griffiger Präventionsgesetzgebung wird die Initiative ja gerne als abschreckendes Beispiel für den «Präventions-Extremismus» zitiert, der der Schweiz drohe. Genau das aber kann man den Initianten der kommenden Abstimmung gewiss nicht vorwerfen. Die hochstilisierte Frage, ob an einem Einzelarbeitsplatz nun geraucht werden dürfe oder nicht, lässt sich aus Sicht der Initianten einfach beantworten: es geht um den Schutz der Anderen, also ist ein Einzelarbeitsplatz nicht betroffen davon. Die Hauptforderung, ein wirksamer Passivrauchschutz für alle Angestellten im Gastronomiegewerbe, kann wohl kaum als extremistisch gewertet werden.

Und noch ein Wort zur Freiheit: Wie bei anderen Präventionsthemen auch, geht es einerseits um handfeste wirtschaftliche Interessen, andererseits um gesundheitsschädigende Verhaltensweisen, die wir aus verschiedenen Gründen nicht so ohne weiteres ändern können und manchmal auch nicht wollen. Um beim Rauchen zu bleiben: Wo es um eine Sucht geht, ist es mit der persönlichen Freiheit nicht so weit her. Klar wird das spätestens dann, wenn der Wunsch wach wird, von der Sucht zu lassen, Nikotin ist nun mal eine Droge mit hohem Suchtpotential, vergleichbar mit Heroin. Umso wichtiger ist es, die Gesundheitsgefährdung rund ums Rauchen zu thematisieren. Es hilft auch im Kampf gegen die Sucht.

Es geht am 23. September weder um Freiheit noch um Extremismus. Gefordert wird einzig eine konsequente Umsetzung des Passivrauchschutzgedankens, der schon das geltende Gesetz prägt. Deshalb empfiehlt die FMH den Stimmbürgerinnen und -bürgern die Initiative «Schutz vor Passivrauchen» mit einem JA zu unterstützen.

Dr. med. Christine Romann, Mitglied des Zentralvorstands der FMH, Verantwortliche Ressort Gesundheitsförderung und Prävention